

# Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 260

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (84 mm breit) 6 Goldpfennig, für Beilagen, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Kellame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver

Donnerstag, den 5. November

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Gratisbeilagen: „Zeitgeschichte im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“

1925

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Bei der Besprechung des Reichstanzlers Dr. Luther mit den Führern der Regierungsparteien ergab sich das Resultat, daß die Entwicklung der politischen Lage zunächst abgewartet werden soll, bis über die praktischen Rückwirkungen aus dem Vertrage von Locarno Klarheit herrscht.

\* In Dresden fand im Beisein des Generals v. Seefeldt die feierliche Beisetzung des Generallieutnants Müller statt.

\* Wie der deutsche Botschafter in Paris bekanntgibt, sollen demnächst alle deutschen Kriegergräber in Frankreich Gedenksteine erhalten.

\* In Wien ist ein Vätergestreik ausgebrochen, so daß die Brotversorgung der Stadt gefährdet ist. Ein allgemeiner Streik ist angekündigt.

## Der „erwachende Islam“.

Nun beginnt zu den anderen vorderasiatischen Fragen, also Mesopotamien, Syrien, Arabien, auch noch Persien ein Problem zu werden. Allerdings nach einer ganz „unerwünschten“ Richtung hin, als das bisher der Fall war.

Einst, vor 20 Jahren, suchte Rußland dort einen Zugang zum Weltmeer, stieß aber bald mit England zusammen, das sich sein „indisches Glas“ nicht bedrohen lassen wollte. 1907 vertrat man sich, indem man Einflußsphären schuf und dem Schah von Persien nur eine Scheinherrschaft ließ. Das Land, in unglaublicher Unordnung, mußte dann die üblichen Reformen über sich ergehen lassen, von denen am bekanntesten die Arbeit der schwedischen Gen darmereinführung geworden ist. Im Weltkrieg wurde natürlich die „Neutralität“ des ohnmächtigen Landes gar nicht beachtet; erst der russische Zusammenbruch befreite den Norden Persiens, das nun ganz zum englischen Interessengebiet wurde. Liegen doch im Süden und Westen die gewaltigen Ölfelder der Anglo-Persian Oil Company, die gewaltigen Rohrleitungen bis zum Arabischen Golf gelegt hat. Von Norden her begann aber allmählich in das zerrüttete Land der Bolschewismus einzudringen. Parteihader, Räuberwesen, allgemeiner Verfall schienen sehr bald das Land ganz in die weit ausgedehnte Arme Englands zu treiben.

Da kam, wie in der Türkei, in höchster Not ein Mann als Retter, Reza Khan. Der einfache Soldat hatte sich durch kriegerische Verdienste allmählich in der persischen „Armee“ hochgearbeitet und von den Schweden viel gelernt. Dann schuf er sich selbst eine kleine, aber gut disziplinierte und eingetübte Truppe, mit der er eines Tages den landesüblichen Staatsstreik probierte. Mit Glück. Er ging — als Kriegsminister — nun daran, seine Truppe allmählich zu vergrößern, weil auf ihr seine Macht beruhte. Mit den Engländern verstand er es sich gut zu stellen, und schließlich hat er jetzt zur tatsächlichen Macht auch die formelle erhalten: der Schah-in-Schach wurde vom Parlament für abgesetzt erklärt und die Regierung dem Ministerpräsidenten Reza Khan in die Hand gegeben, bis eine neue Verfassung geschaffen ist. Er wird dann wohl Präsident werden.

So ist denn wieder eine Monarchie im vorderen Orient zusammengebrochen, durch ureigenste Schuld. Jetzt ist der verfallene „Pfauenthron“ in Teheran verfallen. Aber Persien konsolidiert sich, wenn es auch noch nicht damit rechnen kann, sich sogleich aus den englischen Umstrickungen zu lösen. Ein gewaltiges Echo aber hat das französische Bombardement von Damaskus in der ganzen islamischen Welt ausgelöst, ein Bombardement, über das sich übrigens England am wenigsten freuen sollte. Denn die englische Flotte hat es 1884 mit Alexandrien genau so gemacht. Londoner Nachrichten zufolge ist der „Aufstand“ in Syrien im Wachsen, wobei wohl die arabischen Stämme zwischen Damaskus und Aleppo die Hauptträger sind, also das Gebiet des Antilibanon bis nach Hama hinauf. Und von dort aus ist es nicht mehr weit bis zur türkischen Grenze. Dabei ist die arabische Bevölkerung Palästinas in ständiger Gärung, das Ostjordanland so gut wie unabhängig und die Niederschlagung des Druzenaufstandes völlig mißglückt. Die Fäden nach Ägypten hinüber sind gleichfalls schon angeknüpft und Marokko ist durchaus nicht erledigt; dort haben die Regengüsse des Winters Abd-el-Krim gerettet und Frankreichs Budget mit einer zweiten Milliarde belastet. Die Türkei wartet. Bei der soeben erfolgten Eröffnung des Parlaments unterstrich Kemal Pascha in seiner Programmrede das gute Verhältnis zu Moskau, das eine Zeitlang überaus getrübt gewesen ist. Aber die Hauptaufgabe sei auch hier: innere Konsolidierung und Ablehnung jeder Lösung der lebenswichtigen Moskaufrage in etwa nichttürkischer Richtung. Fester denn je ist Kemal Stellung, trotzdem er sich und seine Regierung in stärksten Gegensatz gegen den Islam einstellt.

Gewiß mögen religiöse Spannungen auch mitspielen bei dem, was in Vorderasien vor sich geht; aber es sind doch vor allem nationale Strömungen, die die bewegenden Ursachen sind, der früheren scharfen Gegensatz zwischen Türken- und Arabertum, worauf die ganze englische Kriegs- und Nachkriegspolitik basierte, ist verschwunden. Nicht der Islam, sondern die Böller Vorderasiens erwachen.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

#### Auslandsanleihen der deutschen Länder.

Der New Yorker Korrespondent der „Daily Mail“ berichtet, daß Anleihen im Betrage von annähernd vierzig Millionen Pfund Sterling, deren Gewährung an deutsche Länder und Gemeinden von amerikanischen Bankiers vorbereitet wurde, angehalten wurden. Der Grund hierfür ist eine Warnung seitens der amerikanischen Re-

## Die schleichende Krise

Es wird abgewartet.

Berlin, 3. November.

An der vorläufig abwartenden Stellung der Regierung zu der innerpolitischen Lage hat sich auch durch die heutige Konferenz des Reichstanzlers mit den Führern der drei Parteien, die jetzt noch hinter dem Kabinett Dr. Luther stehen, nichts geändert. An der Besprechung nahmen auch die Reichsminister mit Einschluß der heute nach Berlin zurückgekehrten Minister Dr. Stresemann und Dr. Brauns teil. Die Beratungen zogen sich bis in die Nachmittagsstunden hinein. Die eingehende Erörterung ergab eine allgemeine Übereinstimmung in der Beurteilung der politischen Lage. Die Vertreter der Parteien waren mit der Reichsregierung darüber einig, daß die Schaffung der Grundlagen für die endgültige Entscheidung über das Werk von Locarno die beherrschende Frage der Gesamtpolitik ist, hinter der alle anderen Fragen jetzt zurücktreten haben. Die Vertreter der Parteien billigten die in der Folge des Austritts der deutschen nationalen Minister getroffenen Maßnahmen zur Weiterführung der Regierung. Es herrschte nach halbamtlicher Mitteilung allgemeine Übereinstimmung darüber, daß die deutschnationale Partei, deren vorläufiges Verhalten um des deutschen Gesamtinteresses willen nachdrücklich mißbilligt wurde, sich von der weiteren Teilnahme an der Regierung dadurch selbst ausgeschlossen hat. Die Vertreter der Parteien gaben ferner der Auffassung Ausdruck, daß eine Einberufung des Reichstages im Laufe des Monats November erst möglich ist, wenn ein erschöpfender Tatbestand in Bezug auf das Werk von Locarno und seine Rückwirkungen den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden kann.

### Besprechungen der Parteien.

Berlin, 3. November.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion trat heute im Reichstag zusammen, nachdem vorher der Vorstand der Fraktion getagt hatte. Auf der Tagesordnung der deutschnationalen Fraktionssitzung stand als einziger Punkt: „Unsere nächsten Maßnahmen zur politischen Lage.“

Nachmittags versammelte sich der Vorstand der demokratischen Reichstagsfraktion, die „Vaterländischen Verbände“ hatten einen Reichsvertretertag einberufen. Den Vorsitz führte General a. D. von der Goltz. Der deutschnationale Abgeordnete Quast führte aus, die Lösung der Krise sei nur auf zwei Wegen möglich: Entweder Dr. Luthers Hoffnungen bewahrheiten sich, dann werden wir alle von rechts und links Locarno annehmen. Oder aber diese Hoffnungen treffen nicht ein, dann tritt der Kanzler zurück und der Reichspräsident muß entscheiden. Wenn bei einer

gerung gewesen, bei der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, wie verlautet, angeregt hat, daß alle Gesuche um Auslandsanleihen erst von der Reichsbank geprüft werden sollen.

### Erhöhte Steuerzuwendungen an preussische Gemeinden.

Der Hauptausschuß des Preuß. Landtags nahm einen Zentrumsantrag an, den Gemeinden und Landkreisen von dem an Preußen entfallenden Anteil an der Reichsumsatzsteuer 55% statt 50% nach dem Entwurf zu überweisen. Der Finanzminister hatte sich gegen diesen Beschluß erklärt. Angenommen wurde auch ein Zentrumsantrag, der den Anteil der Gemeinden an der Körperschaftsteuer auf 100% erhöht.

### Ausschluß eines nationalsozialistischen Abgeordneten.

Der nationalsozialistische braunschweigische Landtagsabgeordnete Niese aus Helmstedt ist durch Beschluß einer Führerversammlung der Nationalsozialisten aus der Partei ausgeschlossen und aufgefördert worden, sein Landtagsmandat sofort niederzulegen. Niese hatte sich bei der Abstimmung im Landtage über den Vergleich zwischen dem Herzog von Braunschweig und dem braunschweigischen Staate der Stimme enthalten, obgleich wenige Tage vorher von einer nationalsozialistischen Zeitung mitgeteilt worden war, daß er die Vorlage ablehnen werde. Niese lehnte die Mandatsniederlegung ab.

### Japan.

× Flottenrüstungen in Japan. Zwischen dem Marine-Minister und dem Finanzminister Japans haben sich in der Frage des Flottenprogramms Meinungsverschiedenheiten ergeben. Der Marineminister glaubt aus Gründen der Sicherheit des Landes darauf bestehen zu müssen, daß in den nächsten fünf Jahren eine Reihe von Hilfsschiffen mit zusammen 100 000 Tonnen ersetzt werden, wodurch eine Ausgabe von 23 Millionen Yen notwendig würde. Das Finanzministerium macht gegenüber diesem Programm geltend, daß die wirtschaftliche Lage Japans derartige Ausgaben nicht gestatte.

### Aus In- und Ausland.

Dortmund. Der ehemalige preussische Ministerpräsident Paul Hirsch ist als zweiter Bürgermeister von Dortmund bestätigt worden. Gegen die Wahl Hirschs, der politisch der Sozialdemokratie nahestehend, hatten die Rechtsparteien Einspruch erhoben.

Memel. Der Gouverneur des Memelgebietes, Budrys, hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Der neue Abschnitt in der Entwicklung des Memelgebietes, der mit den Wahlen zum Landtag begonnen hat, soll die Ursache für den Rücktritt sein.

Paris. „Excelsior“ gibt eine in Londoner Blättern veröffentlichte Debatte wieder, wonach zwei Macanthe Ab-

Wesragung des Volkes gegen uns entschieden wäre, so ist eine jahrelange Linkregierung zu erwarten. Wir richten uns auf diesen Kampf ein, ohne Rücksicht auf eigenen Vorteil oder Nachteil.

### Stresemann über Locarno.

Königsberg, 3. November.

Bei dem Bankett, das aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums der Königsberger Allgemeinen Zeitung in Königsberg stattfand, hielt Reichsaussenminister Dr. Stresemann eine Rede, in der er kurz auf die außenpolitische Lage zu sprechen kam. Er sagte u. a.: „Man kann doch nicht, wenn man Weihnachten hat, auf seinen Wunschzettel alles aufschreiben, was jeder sich für die nächsten Weihnachten ebenfalls wünscht. Wir müssen doch das eine sehen, daß die Welt ein Interesse daran hat, daß innerhalb Europas ein Friedenszustand geschaffen wird, der notwendig ist für unsere moralische und wirtschaftliche Stellung. Wir brauchen Hilfe von außen, um aufrecht zu bleiben. Das zu gestehen, ist keine Schande, denn auch andere europäische Völker brauchen diese Hilfe von außen. Unsere Landwirtschaft, unsere Industrie braucht sie, und damit sie uns zur Verfügung gestellt wird, brauchen wir die Politik auch als Werkzeug für unsere wirtschaftliche Erneuerung. Wir wollen für unser Rheinland herausheben, was herauszuholen ist, und da ist es Pflicht des deutschen Volkes, mindestens bis zur Stunde der Entscheidung geschlossen hinter der Regierung zu stehen und abzuwarten. Es ist unendlich falsch, wenn Parteihader und Parteihader sich in Dinge mischen, in denen es keine Parteien geben sollte.“

### Befestigungsabbau im Rheinland.

Köln, 3. November.

Nach englischen Meldungen werden bereits in den nächsten Tagen im Rheinland wichtige Änderungen in dem Befestigungsregime stattfinden. Es soll sofort eine ganze Division französischer Besatzungstruppen aus dem Rheinlande abgezogen werden. Die alliierte Rheinlandkommission soll den Auftrag erhalten haben, 32 Distriktsdelegierte abzubauen. Es sollen nur noch in Mainz, Wiesbaden, Trier, Koblenz und in der Pfalz je ein Distriktsdelegierter tätig sein.

Es soll nunmehr endgültig bestimmt sein, daß die englische Rheinarmee, etwa 10 000 Mann, nach der Räumung Kölns in das Gebiet des rechtsrheinischen Brückenkopfes Mainz, und zwar in die Kreise Wiesbaden-Stadt und -Land, Rheingau und Untertaunus verlegt wird. Die Kreise Königstein, Obertaunus, Höchst a. Main, Groß-Gerau usw. bleiben von französischen Truppen besetzt. In der Stadt Wiesbaden wird das englische Hauptquartier und der gesamte Generalsstab sein Standort nehmen. In der Nacht zum Sonntag haben zwanzig Truppen-transportzüge der Besatzung die Stadt verlassen, und zwar, wie man annimmt, in Richtung nach dem Elsaß.

el-Krims in Tes eingetroffen seien und Generalgouverneur Sieeg um eine private Unterredung gebeten hätten.

London. „Chicago Tribune“ zufolge ersuchte der neu ernannte König von Persien, Reza Khan (der bisherige Premierminister Nissa Khan) den Finanzminister Zota el Mulk, den Posten des stellvertretenden Premierministers zu übernehmen, da er selbst als Haupt des Staates nicht mehr imstande ist das Amt auszufüllen. Zota nahm das Amt an und dürfte demnächst ersucht werden, ein neues Kabinett zu bilden.

Mexiko. Während der Gouverneurswahlen im Staate Yucatan ist es in verschiedenen Städten zu Zusammenstößen zwischen Sozialisten und ihren Gegnern gekommen. Fünf Personen wurden getötet, mehrere verwundet. Zu den Getöteten gehört auch der sozialistische Bürgermeister der Stadt Katanin.

Hankau. Wupeifu hat, wie hier bekannt wird, ein Manifest erlassen, das die Überführung der Beträge aus der Salzsteuer nach Peking verbietet. Wupeifu begründet diesen Schritt mit einer gleichen von Tschangtscholin in Nudun ergriffenen Maßregel. Wenn die fremden Mächte Tschangtscholin dies gestatten, so könne er daselbst tun.

### Preussischer Landtag.

(91. Sitzung.)

tt. Berlin, 3. November.

Zu Beginn der Sitzung gedenkt der Präsident Bartels des Unglücks auf der Zeche „Holland“, bei dem 17 Bergleute getötet und 2 verletzt wurden, und spricht den Familien der Betroffenen das Beileid des Hauses aus. Das Haus ehrt das Andenken der Verunglückten in der üblichen Weise. Dann wird die Beratung des Kultusetats fortgesetzt.

Abg. Goff (Dem.) verlangt, daß für die höheren Stellen mehr als bisher Republikaner herangezogen werden. Die Deutschnationalen hätten keine Berechtigung, hier Anklagen über Imparität zu erheben. Die deutsche Jugend müsse mehr als bisher dem großen Gedanken der Demokratie und der Republik nahegebracht werden.

### Kultusminister Beder

führte aus: Die neuen Ideen in Bezug auf das Lebensgefühl und die Staatsgestaltung, die in dem letzten Jahrzehnt nach dem Kriege zum Durchbruch gekommen sind, können nur wirken, wenn sie sich bewußt auseinanderzusetzen mit der Vergangenheit und ein Kompromiß schließen mit ihrem Kulturelement in unserer Zeit, wo zweifellos, wenigstens in Preußen, die deutschnationale Ideologie nicht die Regierung bestimmt hat. Hat doch auch die deutschnationale Ideologie ihre Bedeutung in der Kulturpolitik. Ebenso verhält es sich mit den Ideologien anderer Parteien, die nicht an der Regierung beteiligt sind. Selbstverständlich darf es bei der Kulturpolitik kein Parteischema geben. Wenn man überblickt, was seit der Revolution auf kulturpolitischem Gebiete geschehen ist, so ist festzustellen, daß tatsächlich Enormes geleistet worden ist, viel mehr als in fünfzig Jahren preussischer Kulturgeschichte vor der Revolution. (Widerspruch und Lachen rechts.) Der Minister lehnte es ab, zu dem vielbesprochenen Reichschulgesetzentwurf Stellung zu nehmen, und schloß: Dazu müßte man

## Stadiverordnetenwahlen in England.

Erfolg der Arbeiterpartei.

In 400 englischen und walisischen Gemeinden hat die Wahl von 5000 Gemeinderatsmitgliedern stattgefunden. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen ist es der Arbeiterpartei gelungen, einen großen Teil der seit den letzten Wahlen verlorengegangenen Sitze wiederzugewinnen. Nach den letzten Berichten haben in London die Konservativen 23, die Liberalen 22 Sitze verloren, die Arbeiterpartei 48 Sitze gewonnen, die Unabhängigen 3 Sitze verloren.

Die Nachrichten aus der Provinz lassen erkennen, daß die Arbeiterpartei nicht nur in eigentlichen Industriestädten, wie Bolton, Bristol, Derby, Hull, Leeds, Liverpool, Newcastle, Nottingham, Plymouth (6 Mandate), Sunderland zahlreiche Mandate gewonnen hat, sondern auch in den kleineren Städten, wie Carlisle, Chester, Dublin, hat die Arbeiterpartei Fortschritte gemacht. Im Osten von London hat die Arbeiterpartei in einem einzigen Bezirk 9 Mandate gewonnen.

## Bäckerstreik in Wien.

Empfindlicher Brotmangel.

Wien, 3. November.

Der tags zuvor von den Bäckerarbeitern beschlossene Bäckerstreik hat in Wien begonnen. Frisches Brot und Gebäck wurde nur in ganz kleinen Bäckereien, wo der Meister selbst Hand anlegt, erzeugt. Da der Brotmangel sich sofort sehr fühlbar machen dürfte, wird von einer Brotzufuhr vom Lande und auch von den Grenzstationen der Tschechoslowakei her, so vom nahen Preßburg aus, gesprochen, aber auch bereits von der zwangswise Unterbindung dieser Zufuhren durch Streikposten. Daß die Technische Nothilfe Besonders leisten könnte, gilt als ausgeschlossen, obgleich man die Studentenschaft heranzieht und auch Militärbäckereien in Tätigkeit setzen will.

Allem Anschein nach steht in Wien auch ein Beamtenstreik bevor. Der Exekutiv-Ausschuß der Bundesbeamtenschaft hat beschlossen, das Angebot der Regierung als ungenügend abzulehnen und den Beamtenstreik, beginnend am 5. November, zu proklamieren. Vom Streik sind nicht betroffen die staatlichen Betriebe, wie Eisenbahn, Post, Telegraph. Ausgenommen sind ferner jene Betriebe, deren Arbeit für die Bevölkerung lebenswichtig ist, so Polizei, Gendarmerie, Justiz, Ärzte, Apotheker und ein Teil der Zollbeamten.

## Lokales und Provinzielles.

Salver, den 5. November 1925.

□ Vom Schweineschlachten. Die Zeit des häuslichen Schweineschlachtens ist gekommen. Das sorgsam gepflegte Vorkfleisch muß sein Leben lassen, um als Speck, Wurst und Schinken den Menschen zu erfreuen. Die moderne Zeit hat die Hauschlachtungen erheblich eingeschränkt. Früher hielt jede Familie, die es nur irgend vermochte, ein quietendes Schwarzbüchse. Die Metzgerhäuser der Neuzeit machen das unmöglich. Aber in den kleinen Städten und vor allem auf dem Lande werden noch viele Schlachtfeste abgehalten. Es ist wirklich ein Fest für die ganze Familie, solch ein Schweineschlachten, ein „Familienspektakel“ im wahren Sinne des Wortes, dem alt und jung mit aller Freude entgegensteht. Der November war von jeher der Schlachtmont, in dem Wurst- und Fleischwaren für die Weihnachtszeit und den weiteren Winter in den Rauch gehängt wurden. Das Schwein ist eins der ältesten Haustiere und über die ganze Welt verbreitet, obgleich es verschiedene Völkern aus klimatischen Rücksichten als „unrein“ gilt. Im Abendlande, und vor allem in Deutschland, wußte man den Schweinebraten schon frühzeitig zu schätzen. Er war auch ein bevorzugtes Weihnachtsessen. Die deutschen Wälder mit ihrem Reichtum an Eicheln und Buchenkerne eigneten sich vortrefflich zur Schweinezucht. Im neunten Jahrhundert galt ein Schwein etwa — neun Pfennige. Im 13. Jahrhundert kostete ein fettes Schwein 20 bis 24 Pfennige. Aber schon 1450 kostete in Augsburg das Pfund Schweinefleisch sieben Pfennige. Seitdem ist der Preis rasch gestiegen. Einzelne Gegenden, Thüringen, Braunschweig, Mecklenburg, Pommern usw. liefern jetzt besonders gute Wurstwaren.

—hk Ausverkäufe sind anzeigepflichtig. In den hiesigen Tageszeitungen erscheinen häufig Anzeigen von Geschäftsinhabern, in denen unter Angabe besonderer Gründe ein Verkauf zu bedeutend ermäßigten oder weit herabgesetzten Preisen usw. angekündigt wird, ohne das dabei die einschlägigen Bestimmungen über Ausverkäufe Beachtung finden. Die beteiligten Geschäftsleute werden deshalb darauf hingewiesen, daß auch Ankündigungen von Warenverkäufen, in denen das Wort „Ausverkauf“ nicht enthalten ist, den Charakter einer Ausverkaufsankündigung tragen könne. In welcher Form, mit welchen Worten und unter welcher Bezeichnung der Ausverkauf angekündigt wird, ist gleichgültig. Der Bezeichnung „Ausverkauf“ stehen daher gleich die Bezeichnungen „Totalverkauf“, „Räumungsverkauf“, „schneller und billiger Verkauf“, „Räumungspreise“, „nur noch kurze Zeit“. Auch Angaben wie „insolge Überfüllung des Lagers“, „wegen Umbau der Geschäftsräume“, „um Platz für neue Waren zu bekommen“, „wegen Aufgabe einer bestimmten Warenart“ gehören hierher, sofern nur damit bei dem Publikum die Auffassung erweckt wird, daß ein ganzer oder teilweiser Ausverkauf veranstaltet werden soll. Derartige Verkäufe sind 14 Tage vor Beginn bei der Polizei anzumelden, woselbst auch nähere Auskünfte erteilt werden.

—hk Export nach Spanien. In der Kölnischen Zeitung Nr. 763 vom 14. ds. Mts. erschien eine Anzeige, in der sich eine bedeutende spanische Firma zur Übernahme der Vertretung erstklassiger leistungsfähiger Fabrikanten für Spanien anbot, besonders für Kurz-, Kram- und Stahlwaren, wie Haken, Nieten, Knöpfe und Schnallen aller Art; Eßbesteck, Messer, Scheren, Hartgummifämme usw. Sollte auf Grund dieser Anzeige eine Firma beabsichtigen, mit der betreffenden spanischen Firma in Verbindung zu treten, oder schon in Verbindung getreten sein, bittet die Industrie- und Handelskammer um gefl. Mitteilung.

—hk Aluminium-Schau. Die Bayrische Landesgewerbeanstalt wird in der Zeit vom 7. mit 15. November 1925 in Verbindung mit dem Fränkisch-Oberpfälzischen Bezirksverein Deutscher Ingenieure in ihrem Ausstellungsraum in der mechanisch-technischen Abteilung eine Alu-

minium-Schau veranstalten, in welcher in erster Linie die neuesten Erfahrungen und Errungenschaften bei der Weiterverarbeitung von Aluminium gezeigt werden sollen. Zur Darstellung gelangen daher nicht nur die Verfahren der Aluminiumgewinnung und Proben der verschiedenen heute gebräuchlichen Legierungen, sondern vor allem die Fabrikation von Konstruktionsteilen aus Aluminium, die Herstellung von Apparaten, Metallwaren, Geräten und Geschirren, Aluminium-Spritzguß, die Anfertigung von Tuben, Blattmetall, Bronze- und Aluminiumfarben, elektrisches und autogenes Schweißen von Aluminium, die Herstellung von Schutz- und Verschönerungsüberzügen aus Aluminium und sonstige einschlägige Fabrikationsgebiete und -Verfahren. Gleichzeitig mit dieser Spezialausstellung werden am 9., 10., 12. und 13. November im großen Hörsaal der Landesgewerbeanstalt einschlägige Vorträge über die Weiterverarbeitung des Aluminiums gehalten. Eine Anzahl von Firmen hat bereits ihre Mitwirkung zu diesem Plan zugesagt, sodaß dessen Durchführung gesichert ist und jedenfalls auf großes allgemeines Interesse bei den gewerblichen Interessenten treffen wird. Wegen etwaiger Beteiligung wende man sich an die Bayr. Landesgewerbeanstalt Nürnberg, Abt. für Betriebswissenschaft, Briefsch. 20 Rufnummer 11299, woselbst auch weitere Auskünfte erteilt werden.

Autobusverkehr Lüdenscheid — Hagen. In der Hagerer Zeitung tritt ein „Volmetaler“ in einem Eingeklagte für eine Ausgestaltung des Verkehrs mit den Autobussen ein. Da er Gedanken entwickelt, die vielfach und bis jetzt immer vergeblich erörtert sind, geben wir sie nachstehend wieder. Man fragt sich mit Recht: Wenn Lüdenscheid zwischen 8,12 Uhr abends und Mitternacht keine Eisenbahnverbindung von Hagen her haben kann, ebenso wenn morgens die große Verbindungslücke klafft, warum springt da der Autobus nicht ein? Kann er nicht die Verbindung zwischen den unheimlichen Zugpausen schaffen? Das Eingeklagte lautet: Bekanntlich betreibt die Hagerer Straßenbahn einen Autoverkehr bis Rummenohl, während von Lüdenscheid her durch die Kreis-Altenaer Eisenbahn A.-G. ebenfalls bis Rummenohl eine Autolinie unterhalten wird. Es muß auffallen, daß diese beiden Linien, die eine Gesamtverbindung zwischen Hagen und Lüdenscheid darstellen, bisher noch nicht bezüglich ihres Fahrplans einander angepaßt worden sind. Die Hagerer Autos fahren etwa siebenmal am Tage und zwar alle zwei Stunden, die Lüdenscheider etwa viermal und zwar in anderen Zeitabständen. Die Folge ist, daß den Reisenden aus der Richtung Hagen die Möglichkeit, etwa nach Lüdenscheid weiterzufahren, sehr schwer gemacht wird, sie müssen recht lange in Rummenohl warten und dieser Aufenthalt wirkt von vornherein hemmend auf den Verkehr der ganzen Strecke, sowohl von Hagen wie von Lüdenscheid her. Ohne Zweifel würden beide Linien gewinnen, wenn es möglich wäre, durch geeigneten Anschluß das ganze Belmetal hinauf im Autobus zu gelangen und man auch außerhalb der Fahrzeiten der Eisenbahn diese Strecke zurücklegen könnte. Es sei hiermit der dringende Wunsch ausgesprochen, daß beide Gesellschaften doch die gegenseitige Anpassung ihrer Fahrpläne in Erwägung ziehen und nach Möglichkeit durchgehende Fahrgelegenheiten schaffen möchten. Der Gesamtverkehr würde sich auf der ganzen Strecke heben und beide Linien würden dadurch gewinnen. Das Ideal wäre ja allerdings ein Austausch der Linien überhaupt, so daß die Hagerer Autobusse bis nach Lüdenscheid und die Lüdenscheider bis nach Hagen fahren würden, wenn zwar auch nicht alle, so doch diejenigen, die nach dem vorgeschlagenen Fahrplanausgleich Anschluß aneinander haben würden. Auch das Belmetal wird immer mehr vom Verkehr überzogen; die kürzlich erfolgte Einrichtung einer Autolinie Lüdenscheid — Köln beweist, daß ein großes Verkehrsbedürfnis vorliegt, und wir zweifeln nicht, daß die beiden Gesellschaften bereit sind zur Erschließung des Belmetales alles zu tun, was in ihren Kräften liegt. Ein Volmetaler.

\*) Halver, 4. Nov. Vom 8. November ab findet die Landzustellung des Postamts Halver eine Stunde früher statt. — Dem Postinspektor Rufus ist die Postmeisterstelle in Meinerzhagen übertragen worden. — Der Telegraphenassistent Bergmann hat in Dortmund die Sekretärprüfung mit Erfolg abgelegt.

—k Rierspe, 4. Nov. Die Eheleute Landwirt Heinrich Hedfeld und Anna geborene Schellmann wohnhaft zu Röhlen, Gemeinde Rierspe feiern am 7. November d. J. das Fest der Goldenen Hochzeit. Hedfeld ist 77 Jahre, seine Frau 76 Jahre alt und erfreuen sich der besten Gesundheit. Aus der Ehe gingen 5 Kinder hervor. Die Eheleute H. sind hier beliebt.

Lüdenscheid, 3. Nov. Keine Zurückzahlung von Versorgungsgebühren. Eine Witwe H. hatte im Kriege ihren einzigen Sohn verloren und bezog, da dieser der Ernährer seiner Mutter gewesen war, die Elterrente. Es gelang der Frau, durch Arbeit noch einen Wochenlohn von 17 Mk. zu verdienen. Nach den gesetzlichen Vorschriften ging dieser Verdienst weit über die Grenzen dessen hinaus, die die Elterrente aufhebt. Die Witwe, die, wie in den meisten Fällen von den gesetzlichen Bestimmungen keine Kenntnis hatte, machte dem Versorgungsamt keine Mitteilung von diesem Wochenverdienst, wozu sie aber gesetzlich verpflichtet war. Die Frau blieb zunächst unbehelligt. Aber etwa ein Jahr später bei einer Nachprüfung entdeckte das Versorgungsamt die Sachlage und forderte die ganze erhobene Rente zurück. Gegen diesen Beschluß des Versorgungsamts legte die Kriegermutter Berufung beim Versorgungsgericht ein. Wichtig ist vor allem für ähnliche Fälle die Feststellung des Versorgungsgerichts, daß über diese Frage ein Rechtsmittel zulässig sei. Die Rentenempfängerin gab die Sachlage ohne weiteres zu und das Gericht schenkte ihr Glauben, als sie erklärte, daß sie die überhöhten Beiträge im Haus halt verbraucht habe und daß es ihr nie zum Bewußtsein gekommen wäre, sie habe zuviel Rente erhalten. Das Gericht erklärte die Zurückforderung der Versorgungsgebühren für unzulässig. — Diese Entscheidung ist sehr wichtig für alle Rentenempfänger, die zuviel Rente erhalten und sie im guten Glauben, sie stünde ihnen rechtmäßig zu, verbraucht haben, vorausgesetzt, daß keine ungerechtfertigte Bereicherung vorliegt.

Es liegen schon eine ganze Anzahl Urteile vor, die für die Rentenempfänger günstig sind.

Bredersfeld, 3. Nov. Bestätigte Gemeinderatswahl. Nachdem nach der Amtsniederlegung des Fabrikanten Carl Schmale der Posten des Gemeindevorstehers in unserer Gemeinde seit 3 Monaten verwaist war, ist der am 31. Juli d. J. einstimmig zum Gemeindevorsteher gewählte Lehrer Wilhelm Brinkmann zu Delle nunmehr vom Landrat bestätigt worden und hat am 1. November d. J. seine Amtsgeschäfte aufgenommen.

Hagen, 4. Nov. Keine Dividende beim Elektrizitätswerk „Markt“. Aus seiner Beteiligung am kommunalen Elektrizitätswerk „Markt“ hatte Hagen eine Dividende von 178 200 Mark in den Haushalt eingeleitet. Wie „Markt“ jetzt mitteilt, ist es zweifelhaft, ob für dieses Jahr eine Dividende ausgeschüttet werden kann. Es dürfte der Stadt schwer fallen, für den ausfallenden Betrag anderweitig Deckung zu beschaffen.

Milspe, 3. Nov. Ein Opfer des Fußballspiels. Auf dem hiesigen Spielplatz wurde am vergangenen Sonntag beim Fußballspiel einem 14-jähr. Jungen die Kinnlade zertreten. Neben Fleischwunden wurden Knochenbrüche des Kiefers festgestellt. Außerdem blühte er einige Zähne ein. Er wurde dem Krankenhaus zu Gevelsberg zugeführt.

Lenne, 3. Nov. Am Dienstagabend kam ein holländisches Ehepaar auf einer Weltreise, die beide mit dem Rad unternahmen, hier an und übernachteten im Berlinerhof. Das Paar, das ohne Geld die Fahrt angetreten hat, radelte am anderen Morgen weiter nach Remscheid. Von da geht die Reise über Köln nach Antwerpen. Bisher wurden von den Weltreisenden, die bereits 5 Jahre unterwegs sind, etwa 36000 Kilometer zurückgelegt. Das Ehepaar gedenkt im nächsten Jahre die Reise zu beenden.

## Rah und Fern.

○ 150 Kinderballons explodiert. Aus unbekannter Ursache explodierten in den Kellerräumen eines Berliner Kaufhauses etwa 150 mit Wasserstoffgas gefüllte Reklameballons, wobei sieben Angestellte durch die Stichflamme leicht verletzt wurden. Nach Anlegung von Verbänden im Krankenhaus Moabit konnten sämtliche Personen wieder entlassen werden.

○ Ende einer Familientragödie. In Zintzen bei Mainz hat eine Familientragödie mit dem Selbstmord des Familienvaters ihren Abschluß gefunden. Von den drei Kindern waren die beiden Söhne im Kriege gefallen. Die Tochter hatte sich ertränkt, die Mutter war einem unheilbaren Leiden erlegen. Der überlebende Vater hat die Tat aus Verzweiflung über diese Schicksalschläge begangen.

○ Die erste Radioanlage im besetzten Gebiete genehmigt. Das Gymnasium von Geisenheim im Rheingau hat als erster Antragsteller die Genehmigung zur Anlage einer Radioeinrichtung von der Rheinlandkommission erhalten. Man hofft auf baldigen vollkommenen Abbau der einschränkenden Bestimmungen im Sinne des Vertrages von Locarno.

○ Eine Briefmarkenausstellung in Hannover. In Verbindung mit der 75. Gedenkfeier der Ausgabe der ersten hannoverschen Briefmarke fand in Hannover eine Ausstellung hannoverscher Postwertzeichen statt. Die Ausstellung stellt eine Schau ersten Ranges dar.

○ Gefallenenehrung in Koblenz. In Koblenz haben der Vorsitzende der Rheinlandkommission, Tirard, sowie die Oberkommissare Englands und Belgiens auf dem deutschen Ehrenfriedhof prachtvolle Kränze mit Schleifen in den Farben ihrer Länder niedergelegt. Auch die französische Garnison hat auf dem Ehrenfriedhof einen Kranz niederlegen lassen. Vorher hat eine Kranzniederlegung an dem Denkmal der napoleonischen Soldaten stattgefunden.

○ Das erste Wasserkraftswerk im Saargebiet. Das erste Wasserkraftswerk des Saargebietes bei Mölsch, das im Jahre 1924 begonnen wurde, geht in den nächsten Tagen seiner Vollendung entgegen. Die Anlage besitzt ein Staubecken für sechs Millionen Kubikmeter Wasser und wird eine jährliche Kraftleistung von 25 Millionen Kilowattstunden liefern.

○ Schwere Unfall auf einem Rheindampfer. Auf dem Dampfer „Lavanna“ einer französischen Schiffsgesellschaft wollte ein Heizer im Schiffsheerd mit Petroleum Feuer anmachen, wobei die Petroleumlampe sich entzündete und in Flammen ausging. Die drei in der Schiffskabine befindlichen Heizer und ein Matrose erlitten so schwere Brandwunden, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

○ Handel mit schwachsinigen Mädchen. In Lemberg wurde ein Mann verhaftet, der acht schwachsinige Mädchen aus einer Irrenanstalt entführt und an öffentliche Häuser verkauft hatte. Auch gegen die Angestellten der Irrenanstalt, die im Verdacht stehen, die Entführung begünstigt zu haben, ist eine Untersuchung eingeleitet worden.

○ Am Grabe des Bruders tödlich verunglückt. Als ein römischer Regierungsbeamter das Grab seines Bruders in Messina besuchte, brach die marmorne Grabplatte, auf der er stand, unter ihm ein und begrub ihn. Man fand ihn erschlagen auf dem Sarge des Bruders.

○ Selbstmord aus gekränktem Ehrgefühl. In Potsdam erregt der unter tragischen Umständen erfolgte Tod eines höheren Regierungsbeamten großes Aufsehen. In seiner Wohnung wurde der 42 Jahre alte Regierungsrat Paul von Dalkwitz mit einem Gasschlauch im Munde tot aufgefunden. Es wurde festgestellt, daß Dalkwitz Selbstmord verübt hat, weil er nach einer kleinen pommerischen Stadt versetzt werden sollte und seinen Amtswechsel als persönliche Kränkung empfand.

○ Kohlenfund bei einer Straßensprengung. In Lieblich in Sachsen wurde bei Gelegenheit von Straßensprengungen ein Flöz guter Anthrazitkohle entdeckt. Weitere Bohrungen und Untersuchungen werden vorgenommen, um die Größe, die Lage und die Abbaumöglichkeit des Lagers zu prüfen.

○ Alexander von Gleichen-Rußwurm 60 Jahre alt. Der einzige Urenkel Schillers feiert an seinem Familiensitz Greifenstein in Unterfranken seinen 60. Geburtstag. Eine stattliche Reihe kulturhistorischer und philosophischer Werke zeugt von stetigem, ununterbrochenem Schaffen. Seinem großen Ahnen Schiller hat er eine Biographie gewidmet („Schiller. Die Geschichte seines Lebens“). Der Verfasser, der als praktischer Landwirt im Leben steht und das Wirtschaftswesen aus eigener Erfahrung kennt, gehört zu jenen Menschen, die ihren Idealismus behalten haben, und die Philosophie, die Alexander von Gleichen verkündet, ist selbst erlebt.

